

## Der Unterricht von morgen – digitaler Schulkongress der FDP-Landtagsfraktion

Die Digitalisierung verändert das Lernen und Lehren in den Schulen. Tablet oder Laptop sind inzwischen fester Bestandteil von Unterricht in den Schulen in NRW. Welche Chancen und Risiken sich daraus ergeben, darüber hat die FDP-Landtagsfraktion bei einem digitalen Schulkongress mit Experten aus Schulpraxis, Wissenschaft und Wirtschaft gesprochen.

Schulministerin Yvonne Gebauer erinnert in ihrem Grußwort daran, welchen „digitalen Nachholbedarf“ es 2017 bei Übernahme der Gestaltungsverantwortung gab. NRW sei in Regierungsverantwortung von FDP und CDU einen großen Schritt vorangekommen. Gebauer dankte allen Lehrkräften, die diesen Weg mit Elan, Kreativität und Ausdauer mitgehen.

Die Lehrkräfte Nicole Burda, Willy Bartz und Michael Germann berichteten, welche al-

ternativen Prüfungsformate sie in der Pandemie angewendet haben, um die kreativen Potenziale der Schülerinnen und Schüler besonders zu würdigen. Ob Podcasts, Erklärvideos oder Karikaturen: Die Talente sind so vielfältig wie die Schülerinnen und Schüler selbst. „Alternative Prüfungsformate bieten ein großes Potenzial für die individuelle Talentwürdigung und -förderung unserer Schülerinnen und Schüler. Dies ist nur eine von vielen neuen Erkenntnissen aus der Pandemie, die wir für den Unterricht der Zukunft nutzen wollen“, betonte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Franziska Müller-Rech.

Das Experten-Panel mit Prof. Dr. Birgit Eickelmann vom Lehrstuhl Schulpädagogik von der Universität Paderborn, Elisabeth Allmendinger vom Digitalverband Bitkom sowie



Stephan Kemper von bettermarks verdeutlichte, wie wichtig Freiraum für die Schulen und ihre Träger ist, um mit digitalen Angeboten auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können. „Bildungsstartups haben spannende Ideen, wie wir den Unterricht moderner und spannender gestalten. Darin wollen wir unsere Lehrkräfte noch besser unterstützen und ihre Aus- und Fortbildung in Fragen der Digitalisierung neu aufstellen“, erklärte Müller-Rech.

**Freie Demokraten**

Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen **FDP**

## Grüne Fraktion im Fachgespräch Sozialpolitik



Gleiche Bildungschancen, gutes Essen für alle oder Schutz vor Armut und Gewalt – mit diesen und vielen weiteren Themen hat sich die Grüne Landtagsfraktion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Grüne Sozialpolitik in NRW“ beschäftigt. In zehn Fachgesprächen sind wir mit Expertinnen und Experten aus Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Wis-

senschaft der Frage nachgegangen, wie wir in Nordrhein-Westfalen gleiche Chancen für alle sichern können.

Ob Stadtentwicklung, Digitalisierung oder Innenpolitik – Sozialpolitik strahlt in alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Der Austausch hat gezeigt, wie viel Ungerechtigkeit und Handlungsbedarf gerade auch in solchen Themenfeldern steckt, die nicht auf den ersten Blick sozialpolitisch erscheinen. Unser Ziel ist es, die soziale Frage in allen Themenbereichen mitzudenken, um mit unserer Arbeit im Landtag ein gerechtes und gleichberechtigtes Leben für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Der Weg dorthin beginnt für uns Grüne bereits im Kindesalter und zieht sich von hier aus durch alle weiteren Lebensabschnitte. Von der

Kita bis zum Berufseinstieg setzen wir uns für ein gerechtes Bildungssystem ein. Wir wollen, dass Arbeit fair entlohnt wird. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen. Die Pandemie wirkt zudem wie ein Brennglas für soziale Ungleichheit und fordert Politik, einmal mehr tätig zu werden. Als Grüne Fraktion nehmen wir diese Herausforderung an, NRW klimaneutral umzubauen und das auch sozial gerecht zu machen.



## Gewalttätige Klimaproteste sind Form von Extremismus

Sie blockieren Autobahnen, kleben sich an Straßen fest, werfen als illegale Waldbesetzer Kot und Steine auf Polizisten und philosophieren offen über Anschläge auf Industrieanlagen oder Autohäuser: Sogenannte „Klimaschützer“ fühlen sich zunehmend legitimiert, Gesetze zu brechen, um ihren Forderungen radikalen Nachdruck zu verleihen. Über Sinn und Unsinn einzelner Postulate wird dabei schon längst nicht mehr diskutiert, im Vordergrund stehen Ideologien. Im Gegensatz dazu ist der AfD als realitätsbezogener Umweltpartei sehr bewusst, dass Klima generell einem stetigen Wandel unterliegt, der nicht dadurch zum Stillstand kommt, dass wir Menschen auf sämtliche Errungenschaften der Moderne verzichten. Während wir uns also für eine möglichst pragmatische Umweltpolitik einsetzen, wird insbe-

sondere aus linksgrünen Kreisen eine regelrechte Klimahysterie erzeugt – die sich immer öfter auch radikale Gruppierungen zunutze machen. Hat die Landesregierung das im Blick? Auf eine entsprechende Anfrage der AfD-Fraktion wollte das Innenministerium in seiner Antwort keinen Zusammenhang zwischen Sabotageaufrufen und bereits erfolgten Angriffen auf Einrichtungen des Energieversorgers RWE sehen. Immerhin stellte es zumindest fest, dass „Extremisten versuchen, zivildemokratische Gruppen oder bereits linksextremistisch beeinflusste Bündnisse zu radikalieren“. Doch Aufrufe zu Straftaten werden als „linksextremistische Interpretation des sogenannten zivilen Ungehorsams“ verharmlost. Solches Herunterspielen erlaubt sich die Landesregierung im Zusammenhang mit rechtsextremistischen

Aktionen nie – sie muss also auf dem linken Auge mindestens stark kurzsichtig sein. Damit ignoriert sie den Umstand, dass gewalttätige Klimaproteste eine besorgniserregende Form von Extremismus darstellen. Angestachelt von Teilen der Politik und Medien, welche die Klima-Dystopie befeuern, haben die oft noch sehr jungen Täter kaum Unrechtsbewusstsein, fühlen sich eher noch als Helden. Ihre zunehmende Radikalisierung geht jedoch Hand in Hand mit der steigenden Zahl gewaltbereiter Linksextremisten.

